

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) im Herbst 1955

Am 2. November veröffentlichte die Presse der SBZ das Ergebnis des dritten Quartals im Wirtschaftsjahr 1955 in einem Bericht der Staatlichen Plankommission, der in vielen Fällen gerade durch das, was er nicht sagte, interessant wurde. Diesem Bericht fiel aus zwei Gründen eine besondere Bedeutung zu. Er war der erste Zwischenbericht vor dem Abschluß des ersten Fünfjahrplanes am Ende dieses Jahres und erschien außerdem in einer politisch hochgespannten Zeit, in der von Moskau und Pankow wechselseitig erklärt wurde, daß die in der sog. DDR zu verzeichnenden politischen und wirtschaftlichen „Errungenschaften“ bei einer Wiedervereinigung Deutschlands unter allen Umständen auch uns Westdeutschen zugute kommen müßten. Wir können also — bei aller den sowjetzonalen Zahlen gegenüber gebotenen Skepsis — abwägen, ob das Ziel des Fünfjahrplanes, das Ulbricht im Jahre 1950 in der Verheißung eines „Wohlstandes wie nie zuvor“ zusammengefaßt hat, erreicht werden wird, und wir können uns zugleich ein Bild von diesen „Errungenschaften“ machen, mit denen wir bei einer Wiedervereinigung beglückt werden sollen. Unsere Untersuchung wird dadurch erleichtert, daß die Spitzenfunktionäre der SED in der letzten Zeit sehr ausführlich zur wirtschaftlichen Situation der Zone Stellung genommen haben.

Es liegt uns nicht, hierbei die Dinge in einer öden Schwarzweißmalerei zu verzeichnen. Das wäre politisch unklug. Weder ist von vornherein bei uns alles gut noch auf der anderen Seite alles schlecht. Wer nicht nach dem Warum fragt und die Dinge isoliert betrachtet, wird in dem sowjetzonalen System auf manche Erscheinungen stoßen, zu denen er — je nach Temperament und Einstellung — nicht nein sagen wird. Dort gibt es beispielsweise keinen Finanz- und Schulpartikularismus, dort wendet der Staat nicht unbeträchtliche Gelder auf für Jugendheime, Schulen, Universitäten und Theater, und dort hat — wenn auch in sehr bescheidenem Umfange — ein kleiner Teil der Bevölkerung die Möglichkeit eines sehr verbilligten vierzehntägigen Jahresurlaubs. Wer nun aber meint, daß derartige Rosinen doch so süß seien, daß sie die Bitterkeit des ganzen Kuchens verdecken könnten, dem kann man nur den Rat geben, als Normalverbraucher selbst Erfahrungen in Mitteldeutschland zu sammeln; wohlgermerkt als Normalverbraucher; denn die erheblichen Privilegien der obersten Partei- und Staatsfunktionäre sind

kein Maßstab für das Wohl der Allgemeinheit, sondern vielmehr ein Argument gegen dieses System.

Wir halten uns bei unserer Betrachtung an die zonenamtlichen Verlautbarungen, die auf gar keinen Fall der Schwarzseherei verdächtig werden können, sondern viel eher zur Schönfärberei neigen. Wenn wir trotzdem zu einem von der sowjetzonalen Darstellung abweichenden Urteil kommen, dann liegt das daran, daß wir die Eingleisigkeit des Denkens nach dem Motto „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ ablehnen, ferner daran, daß ein so total geplantes System auch dem außenstehenden Beobachter eine Reihe von Kontrollmöglichkeiten bietet, und schließlich daran, daß die briefliche und persönliche Verbindung mit Freunden und Bekannten die wirkliche Lage des Verbrauchers in der SBZ erkennen hilft.

*

Nach dem amtlichen Quartalsbericht soll der Warenumsatzplan des Einzelhandels mit 100,2 vH erfüllt worden sein. Das wäre also nicht so gut wie in den beiden ersten Jahresquartalen mit 108 bzw. 102 vH Planerfüllung. Auch die auf den ersten Blick erfreuliche, im 3. Quartal 1955 erzielte Steigerung des Einzelhandelsgesamtumsatzes auf 104 vH des Standes vom dritten Quartal 1954 liegt deutlich unter den Steigerungswerten der zwei ersten Vierteljahre 1955 mit 117 bzw. 109 vH. Kann aber dieser Plan überhaupt erfüllt worden sein, und wenn ja, was ist das schon für ein Plan, wenn im Bericht zugleich auf Versorgungsschwierigkeiten hingewiesen wird, wenn Grotewohl beteuert, daß der Je-Kopf-Verbrauch an Fleisch in Mitteldeutschland mit rund 46 kg zwar höher läge als in der Bundesrepublik (eine Behauptung, für die Grotewohl jeden Beweis schuldig bleibt), aber trotzdem in der Zone Schwierigkeiten in der Fleischversorgung bestünden, weil der Schlachtviehplan nicht realisiert werden könne; wenn er ferner zugeben muß, daß die Kartoffelversorgung nicht nur wegen der schlechten Ernte, sondern auch wegen der „gröblichsten Vernachlässigung, der Rodung und Erfassung der Kartoffeln durch die Staatsorgane“ ernsthaft gefährdet ist, und wenn er den Gedanken, die Rationierung der Lebensmittel aufzuheben, ausdrücklich mit der Begründung zurückweist, daß für diese Maßnahme, die ja nach dem Fünfjahrplangesetz schon für das Jahr 1953 festgelegt war, einfach nicht genügend Lebensmittel vorhanden seien? Das bedeutet also Knappheit nicht nur an Fleisch und Kartoffeln, sondern auch an Fetten aller Art, Milch und Zucker.

Bis zum 23. Oktober sollten in der gesamten SBZ 62,1 vH der Kartoffeln abgeliefert sein. Außer dem für den Kartoffelanbau ziemlich unbedeutenden Bezirk Suhl (Thüringer Wald) mit 71,1 vH schaffte nur der Bezirk

Halle eine Ablieferung von 69,5 vH. Der Bezirk Potsdam blieb mit 59,9 vH knapp unter dem Soll, während die großen landwirtschaftlichen Bezirke Rostock und Schwerin nur auf 29,9 bzw. 36,5 vH kamen. Durch diese Verzögerung wird zwangsläufig die Rübenenernte in Mitleidenschaft gezogen, die unbedingt vor dem Frost abgeschlossen sein muß, wenn sich nicht die Katastrophe von 1952 wiederholen soll. Sogar die Getreideablieferung hat in einigen Bezirken noch nicht den geplanten Umfang erreicht.

Der Chefideologe der SED, *Oelssner*, mußte zugeben, daß nach wie vor die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln das für den Handel empfindlichste Gebiet sei. Er beklagte die politischen Auswirkungen der Kartoffelmisere mit folgenden Worten: „Statt daß die Menschen über die Genfer Konferenz und ihre Bedeutung sprachen, sprachen sie davon, warum es keine Kartoffeln gibt. Das hat uns politisch sehr geschadet. Wir müssen sagen, daß die Schwierigkeiten, die sich aus der schlechten Arbeit der Landwirtschaft ergaben, noch durch die Desorganisation im Handel vermehrt wurden.“ Er beschwor die Funktionäre des staatlichen Handelsapparates, daran zu denken, „daß die Versorgung der Bevölkerung im Dezember und die Erfüllung des Planes zu den Festtagen eine politische Aufgabe ersten Ranges“ sei und daß es nicht zugelassen werden könne, daß im Dezember Versorgungsschwierigkeiten aufträten.

So sehen die Errungenschaften des Sowjetsystems aus. Daß wir sie nicht wollen, kann uns keiner verübeln, zumal wir mit der Preisgestaltung unserer eigenen Fleisch- und Kartoffelversorgung auch nicht zufrieden sind. Wir haben aber wenigstens die Möglichkeit, die Importschleusen zu öffnen und dadurch auf den Preis einzuwirken, wie dies z. B. bei Fleisch und Kartoffeln schon geschehen ist. Die SB2 kann das nicht oder nur völlig ungenügend, weil ihr die dazu erforderlichen Devisen fehlen.

*

Wenn schon bei dem relativ übersichtlichen Bedarf an Grundnahrungsmitteln die staatliche Zwangsplanwirtschaft der SBZ derartigen Störungen ausgesetzt ist, wieviel größer müssen dann die Planungsfehler und Verteilungsmängel bei dem sehr viel schwerer zu erfassenden Bedarf an industriellen Konsumgütern sein? Daß unsere Vermutung zutrifft, ging aus der Rede hervor, mit der der Minister für Handel und Versorgung den Beschluß der Zonenregierung vom 14. Oktober 1955 erläuterte, die Planung und Verteilung des Warenfonds im Konsumbereich grundlegend zu ändern. „Wir haben vom Ministerium aus den Handel praktisch bis zum letzten Dorf in der Republik dirigiert. Das ist aber einfach nicht zu schaffen.“ Jetzt wird die Verantwortung von dem als unfähig er-

kannten Ministerium auf die 15 Bezirksverwaltungen der SBZ verlagert, das Ministerium wird um eine neue Abteilung mit der Bezeichnung „Warenbilanzen“ erweitert (wir hatten angenommen, daß es so etwas bei der totalen Planwirtschaft schon längst gibt) und gründet ein Institut zur Erforschung des Inlandmarktes, damit die „Regierung“ Material in die Hände bekommt, „um schnell und operativ auf die Bedarfwünsche der Bevölkerung reagieren zu können“. Warum einfach, wenn es umständlich auch versucht werden kann? Wenn jetzt die Versorgung nicht klappt, dann wird man bei den Bezirksverwaltungen schon die nötigen Ständenböcke finden.

Auch für diese Art Errungenschaften haben wir keinerlei Verständnis. Was nützen alle hochtrabenden Forderungen und Versprechen, wenn die Wirklichkeit so ganz anders aussieht? Das Sowjetsystem kann wegen seines Zwangscharakters sein Grundprinzip, bei der Auswahl der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre die politischen den fachlichen Fähigkeiten vorzuziehen, nicht verlassen. Dies muß bei einem so komplizierten Wirtschaftsablauf unabwendbar zu Pannen führen. Was soll man dazu sagen, daß beispielsweise als Hauptursache für die noch immer bedenklich hohe Ausschußquote im Eisen- und Stahlguß die mangelnde ideologische Arbeit angegeben wird? Welches enorme Fachwissen spricht aus einer unlängst vom Reichsbahnamt Schwerin amtlich vorgenommenen Gewichtsfeststellung einer Ladung von 14 Kubikmeter frischem Kiefernholz mit 17 Tonnen Gewicht? Dies würde bedeuten, daß das Kiefernholz wie Blei im Wasser versinken müßte, weil sein spezifisches Gewicht weit über dem des Wassers läge. Diese tragikomische Angelegenheit hatte aber sehr praktische Konsequenzen; denn das besagte Reichsbahnamt legte nach diesem Gewicht die Transportkosten fest.

Grotewohl übte allerdings auch an den Staatsangestellten heftige Kritik, jedoch in erster Linie daran, daß ihre „sozialistische Bewußtseinsbildung hinter den Anforderungen“ zurückbleibe. Er bezeichnete als Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die er als „Schwierigkeiten des Wachstums, des Aufstiegs und der Vorwärtsbewegung“ charakterisierte, nicht die eigenen Unzulänglichkeiten, sondern die Maßnahmen des „Klassenfeindes“, gegen den mit einer weiteren Verschärfung des Klassenkampfes und mit dem stärkeren Einsatz des Staatssicherheitsdienstes vorgegangen werden müsse. In diesem Lichte müssen auch die seit Anfang November ergriffenen drakonischen Maßnahmen gegen jeden Versuch Jugendlicher und Arbeitsfähiger, die Zone zu verlassen, gesehen werden. Flohen im September etwa 28 000 Deutsche aus der SBZ, so waren es im Oktober fast 33 000. *Grotewohl* bezeichnete diese verstärkte Zonenflucht als Erscheinungsform des verschärften Klassenkampfes und beschwerte sich darüber,

daß besonders Facharbeiter nach Westdeutschland abgeworben würden. Wenn so offen zu gegeben wird, daß es der mitteldeutschen Industrie an Fachkräften fehlt, dann wächst hier für die industrielle Weiterentwicklung der SBZ tatsächlich ein sehr ernstes Problem heran, dem man mit ideologischer Erziehung nicht beikommen kann. Auch auf diesem Gebiet ist das Ziel des Fünfjahrplanes nicht mehr zu erreichen.

*

Mit welchen Schwierigkeiten die mitteldeutsche Industrie außer dem Mangel an Fachkräften noch zu ringen hat, kann man dem bereits erwähnten Quartalsbericht der Plankommission entnehmen. Wie bei der Versorgung der Bevölkerung soll auch hier der Plan, und zwar der der industriellen Bruttoproduktion, erfüllt, ja sogar um 2,2 vH übererfüllt worden sein. Im zweiten Vierteljahr 1955 waren es noch 4,7 vH Übererfüllung. War in den beiden ersten Quartalen 1955 — verglichen mit denen des Vorjahres — die industrielle Bruttoproduktion noch jeweils um 12 vH gestiegen, so betrug der Zuwachs im dritten Vierteljahr nur noch 7,9 vH.

Welchen Wert diese Prozentzahlen haben und wie die Situation wirklich ist, können selbst die offiziellen Verlautbarungen nicht verschweigen. Das beginnt schon bei der *Energiegrundlage*, die für jede moderne Industrie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Da schon bisher der Strombedarf der Industrie nur durch starke Einschränkungen des Strombezuges aller anderen Abnehmer, durch Verlagerung eines großen Teiles des industriellen Stromverbrauches in die Nachtzeit und durch die rücksichtslose Ausnutzung der Kraftwerksmaschinen gedeckt werden konnte, kam der Schaffung neuer Kapazitäten im sog. Energieprogramm erhöhte Bedeutung zu. Dieses Programm ist nicht verwirklicht worden. *Ulbricht* mußte bekanntgeben, daß statt der im Fünfjahrplan festgesetzten Maschinenleistung von 2700 Megawatt nur 1900 einschließlich der im Probelauf befindlichen Maschinen installiert würden. Die in der SBZ hergestellten Maschinen sind zu klein, und ihre Qualität wird offiziell als in vielen Fällen ungenügend kritisiert. Die Probelaufzeiten sind zu lang, und der Havariestand ist noch immer ungewöhnlich hoch; kein Wunder bei einem fast pausenlosen Dauerbetrieb der Aggregate. Mehr als ein Drittel von ihnen müssen generalrepariert werden.

In diesem Jahr sollte die Stromerzeugung seit 1950 zum erstenmal mit 13,7 vH einen höheren Zuwachs erreichen als die industrielle Bruttoproduktion. Daran ist nicht mehr zu denken. Wenn aber nicht nur Strom fehlt, sondern auch die geplante Menge an *Rohbraunkohlen* und *Briketts* nicht zur Verfügung steht, dann muß sich das auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Wir müssen ja beachten, daß für Mitteldeutsch-

land nicht die Steinkohle, sondern die Braunkohle die Energiebasis darstellt. Bevor der Frost einsetzt, muß möglichst viel Abraum, der über den Kohlenfeldern liegt, beseitigt werden. Der Abraumplan ist jedoch nicht erfüllt worden, so daß nicht genügend Kohle zur Winterförderung frei liegt. Es fehlt an Maschinen, und die vorhandenen werden wegen heftig angeprangerter schlechter Arbeitsorganisation nur ungenügend ausgenutzt. „Besonders im Revier Senftenberg ist der Vorrat an freigelegter Kohls beträchtlich zurückgegangen.“ Wenn nicht einmal die laufenden Arbeiten planmäßig erledigt werden können, wie will man dann das große zusätzliche Vorhaben „Schwarze Pumpe“ im Senftenberger Revier realisieren? Dieses Projekt soll das Energiezentrum der mitteldeutschen Wirtschaft im zweiten Fünfjahrplan werden. Die freien Kohlevorräte reichen in einigen Abbaubetrieben nur für eine bis drei Wochen. Der Zustand der Gleisanlagen wird in vielen Betrieben als besorgniserregend bezeichnet. Offizielle Berichte sprechen von einem „rapiden Ansteigen der Zugzusammenstöße und der Zugentgleisungen in den Braunkohlentagebauen“. Neben der Energie- und Brennstoffwirtschaft weisen auch andere Industriezweige der SBZ die schon seit Jahren wiederkehrenden Störungen auf. Der Bericht der Plankommission bemängelte die ungenügende Produktion von Kalisalzen, Walzzeugnissen aus Nichteisenmetallen, Grauguß, Stahlformguß, Buntmetallformguß, Phosphordünger, Ziegelsteinen, Dachziegeln und Hohlblocksteinen. Die metallurgische Industrie war seit Jahren das Schoßkind der sowjetzonalen Wirtschaftsplaner, und heute muß *Ulbricht* erklären, daß strenge Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Stahlproduktion, die Walzwerkproduktion und die Buntmetallerzeugung zu erhöhen. Die Einfuhren an Erzen, Koks und Legierungsstählen waren zu gering. Auch hier wirkt der Devisenmangel der SBZ wie eine Bremse.

*

In der bolschewistischen Wirtschaftstheorie wird stets mit Nachdruck das sog. Grundgesetz der sozialistischen Entwicklung in den Vordergrund gestellt, nach dem die Produktion von Produktionsmitteln schneller entwickelt und den Vorrang haben müsse vor der Herstellung von Verbrauchsgütern. Der „neue Kurs“ war nur eine peinliche Abweichung, von der man nicht mehr spricht. Wie sieht es jedoch in Wirklichkeit aus? Die gesamte Industrieproduktion soll von 1950 bis 1955 von 23,3 Milliarden auf 43,6 Milliarden DM/Ost, also um 87 vH, zunehmen. Die Produktionsmittelerzeugung soll im gleichen Zeitraum jedoch nur um 83,2 vH ansteigen, wobei die Erfüllung dieses Zieles durchaus noch nicht sicher ist. Von einer beschleunigten Entwicklung kann also wirklich nicht gesprochen werden, zumal wenn man be-

denkt, daß von 1950 bis 1951 die Produktionsmittelerzeugung um 3,35 Milliarden, in den Jahren 1952 und 1953 zusammen um 6,0 Milliarden, im Jahre 1954 um knapp 2,4 Milliarden und 1955 nur noch um 0,9 Milliarden DM/Ost zugenommen hat.

Dieser Widerspruch zwischen Theorie und Praxis wird nicht nur in Pankow heiße Köpfe machen; denn die Kontrollziffern der wirtschaftlichen Entwicklung sind im Ostblock von Korea bis Ost-Berlin aufeinander abgestimmt. Die Industrialisierung Rotchinas verlangt die restlose Mobilisierung aller Hilfsquellen, und nicht von ungefähr ist der Außenhandel zwischen der SBZ und Rotchina von 1950 bis heute im Vergleich zu den anderen Oststaaten prozentual am stärksten gewachsen.

Ulbricht hatte Grund genug, die Industrieminister der Zone scharf zu kritisieren, weil sie eigenmächtig die ihnen für 1956 vorgeschriebenen Kontrollziffern gesenkt haben. Wir können nur annehmen, daß sie, weil sie der Wirklichkeit etwas näher stehen als die großen Planstrategen im Kreml, die Kontrollziffern den Möglichkeiten der ihnen unterstehenden Betriebe anzupassen versuchten. Im Schwermaschinenbau ermäßigten sie den geplanten Zuwachs von 15,1 auf 10,8 vH, im allgemeinen Maschinenbau von 14,1 auf 13,3 vH, in der Leichtindustrie von 7,3 auf 6,4 vH und in der Bauwirtschaft von 19,2 auf 10,1 vH.

*

Für die sowjetzonale Industrie steht wegen der starken Außenhandelsabhängigkeit und des Zwanges zu exportieren heute mehr denn je die Notwendigkeit technischer Rationalisierung im Vordergrund, um konkurrenzfähig zu bleiben bzw. zu werden. Das erfordert nicht nur eine Inanspruchnahme von Produktionskapazitäten des Maschinenbaus und damit gerade des in der Hauptsache exportorientierten Industriezweiges, sondern das kostet auch Geld. Im Jahre 1955 sollten anfangs rund 500 Millionen DM/Ost für „Forschung und Technik“ aufgewendet werden. Sie sind offenbar nicht sehr zweckentsprechend ausgegeben worden; denn die Staatskasse mußte im Juli zusätzlich 150 und im Oktober weitere 120 Millionen DM/Ost für denselben Zweck zur Verfügung stellen. Auch diese Gelder hatten nur einen sehr geringen Nutzeffekt, weil die Ministerien die Beträge nicht massiert einsetzten, sondern sie zersplitterten. Das Ministerium für Schwerindustrie verteilte die erhaltenen 50 Millionen auf 204 Betriebe (Durchschnitt = 245 000 DM), das Ministerium für Schwermaschinenbau teilte 15 Millionen unter 242 Betrieben auf (Durchschnitt = rund 62 000 DM) und das Ministerium für allgemeinen Maschinenbau beglückte 233 Betriebe mit insgesamt 15 Millionen DM

(Durchschnitt = rund 68 700 DM). In einer Reihe von Betrieben dienten diese unerwarteten Zuschüsse zur Abdeckung von zu teuren anderweitigen Investitionen und zur Finanzierung von Schwarzinvestitionen.

Solange die Rentabilität der Staatsbetriebe noch auf so schwachen Füßen steht wie gegenwärtig, ist der Anreiz zu planwidrigen Finanzmanipulationen sehr groß. Noch immer arbeiten knapp ein Fünftel der zentralgeleiteten Staatsbetriebe mit Verlust. In einigen Industrien steigt ihre Zahl sogar an. Im Maschinenbau war für dieses Jahr 85 Betrieben ein Staatszuschuß zugebilligt worden, ihn benötigten jedoch 133 Betriebe. In der Nahrungsmittelindustrie stieg die Zahl der Verlustbetriebe von 1954 bis heute um mehr als 18 vH. Die Staatsbank hat die vielgerühmte Kontrolle durch die Mark, die Kontrolle der betrieblichen Finanz- und Verrechnungszsziplin, nicht scharf genug wahrgenommen, so daß die gegenseitige Verschuldung der Betriebe laufend zunimmt und die überfällige, kurzfristige Kreditverschuldung bei der Staatsbank von 1,4 Milliarden am 1. Juli 1954 und 1,9 Milliarden am 1. Januar 1955 auf 2,9 Milliarden D-Mark am 1. Juli 1955 angeschwollen ist. Damit sind rund 20 vH der Gesamtsumme des kurzfristigen Kredites planwidrig gebunden.

Neben vielen anderen Gründen liegt dies an der unzureichenden Selbstkostensenkung. In den Betrieben des allgemeinen Maschinenbaus, in der Leichtindustrie und in der Elektroindustrie sind die Selbstkosten seit Mai dieses Jahres sogar gestiegen. Auch der hohe Krankenstand bedeutet eine Verlustquelle für die Betriebe, weil er die Arbeitsproduktivität beeinträchtigt. In der SBZ-Presse wird zwar stets beteuert, daß die Jugend dem neuen Staat voller Begeisterung diene, aber wenn Ulbricht darauf hinweisen muß, daß es „sehr oft jugendliche Arbeiter sind, bei denen Bummel und Vortäuschung von Krankheiten auftreten“, dann hört sich das schon anders an. Der Bericht der Plankommission erwähnte eine weitere Ursache der Kreditverschuldung: „Der Kampf um den Abbau der Überplanbestände an Materialien, Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen wird in fast allen Betrieben vernachlässigt.“ Diese Ladenhüter und durch Planfehler zur Zeit unverwertbaren Rohstoffe und Halbfabrikate binden erhebliche Kreditmittel.

*

Diese Aufblähung des Kreditvolumens, die zu keiner Verbesserung der Warenversorgung führt, ist ein Kennzeichen der gefrorenen Inflation in der SBZ. Sie würde bei einer Preisgabe der staatlichen Preisbildung sofort ins uferlose wachsen. Es ist bezeichnend für den Zynismus von Ulbricht, daß er die Beseitigung dieser latenten Gefahr von einer anderen Seite

versucht, indem er erklärte, daß es „künftig nicht mehr geduldet werden kann, daß das Wachstum der Geldeinkünfte der Bevölkerung dem Wachstum der Produktion von Bedarfsgütern und der Erweiterung des Warenumsatzes vorseilt“. Will er damit erklären, daß es in diesem Jahre keine Preissenkung in der HO gab, oder will er etwa künftige Lohn- und Gehaltskürzungen andeuten? Nach dem Volkswirtschaftsplan 1955 sollte der Lohnfonds der gesamten Volkswirtschaft gegenüber 1954 nur um 2,8 vH ansteigen, also von 24,427 Milliarden auf 25,111 Milliarden DM/Ost. Grotewohl wies jedoch kürzlich darauf hin, daß die Gesamtlohnsumme bereits in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 6 vH zugenommen habe. Dieses Auseinanderklaffen erklärt Ulbrichts Kritik an den nach seiner Meinung zu hohen Geldeinkünften der Bevölkerung.

Wenn wir uns bisher bei unserer Betrachtung stets der sowjetzonalen amtlichen Zahlen bedienen, so müssen wir bei der folgenden Angabe von Ulbricht als von einer glatten Fälschung sprechen. Er führte wörtlich folgen-

des aus: „Um das Geld zu verdienen, das der Arbeiter in der DDR hat, muß sein westdeutscher Kumpel 30, 40 und 50 vH mehr leisten, muß er sich in ein Arbeitstier verwandeln, das abends erschöpft und ausgepumpt nach Hause kommt, ohne Kraft und Aufmerksamkeit für persönliche und kulturelle Interessen.“ Was soll dieser Unsinn in einem Augenblick, wo Grotewohl bittere Klage darüber führt, daß so viele Facharbeiter die Zone verlassen? Wir würden es den mitteldeutschen Arbeitern von Herzen gönnen, wenn es ihnen soviel besser ginge als ihren westdeutschen Kollegen, aber keiner wird wohl daran zweifeln, daß diese Ulbrichtsche Fäselei nur auf einige wenige Henneckes zutreffen kann. Es steht einwandfrei fest, daß das Nominallohn-niveau in der SBZ nicht höher ist als in Westdeutschland, vom Reallohniveau ganz zu schweigen, wobei noch gar nicht berücksichtigt ist, weil dies rechnerisch nicht zu machen ist, daß das Warenangebot in der SBZ nicht nur kleiner und schlechter sortiert ist, sondern auch in der Qualität keinen Vergleich mit Westdeutschland halten kann. *Walter Meier*